

Industrialisierung und Umwelt in Malaysia

Vor fünf Jahren stellte ich auf dem Tenaga Seminar ein Papier mit dem Titel 'Energieentwicklung und Umwelt' vor. Die Veranstalter des Seminars fanden es damals nicht geeignet, um vorgetragen zu werden. Als ich es jetzt nochmals las, kam ich zu dem Schluß, daß viele von den damals benannten Gedanken zur Umwelt bis jetzt sowohl von seiten der Energieerzeuger als auch der Hauptkonsumenten, einschließlich der Industrie schon im Ansatz ignoriert wurden. Die Hauptforderung des Papiers nach freiem Zugang zu Energie- und Umweltstudien ist, wie es scheint, auf taube Ohren gestoßen, es sei denn, man betrachtet meine Teilnahme an der heutigen Podiumsdiskussion schon als einen ersten Schritt in dieser Frage.

Die Apathie der Industrie in Umweltfragen

Betrachtet man die vergangenen fünf Jahre, darüber hinaus den Zeitraum zur Verabschiedung des Umweltschutzgesetzes 1974 (Environment Quality Act) ist eine bemerkenswerte Teilnahmslosigkeit seitens der Industrie in bezug auf Umweltfragen festzustellen. Diese wird in der Regel mit der allgemeinen Entschuldigung bemäntelt, daß die Beseitigung der Umweltverschmutzung und das Ergreifen von Vorbeugemaßnahmen Zeit und Geld kosten. Positive Ansätze in der Öffentlichkeit waren einzig dann feststellbar, wenn von seiten der Regierung Appelle losgelassen wurden. Diese waren in den meisten Fällen das Ergebnis anhaltender öffentlicher Beschwerden oder des Drucks einflußreicher Politiker. Allerdings sollten die wenigen vereinzelt Beispiele, in der die Industrie selbst Umweltaktionen aufgriff, nicht vergessen werden. Aber weder die Öffentlichkeit noch EPSM (Environmental Protection Society Malaysia) ist von solchen sporadischen Aktionen tief beeindruckt, es sei denn, sie zeigten einen deutlichen Trend an. [Vgl. die Dokumentation zu Umweltschutz-Organisationen in Malaysia]

Lassen Sie mich die o.g. Beobachtungen anhand der Betrachtung von den vier Stufen des Vorgehens der Industrie in Malaysia, die Energiewirtschaft miteingeschlossen, illustrieren:

1. Planung und politische Ausrichtung

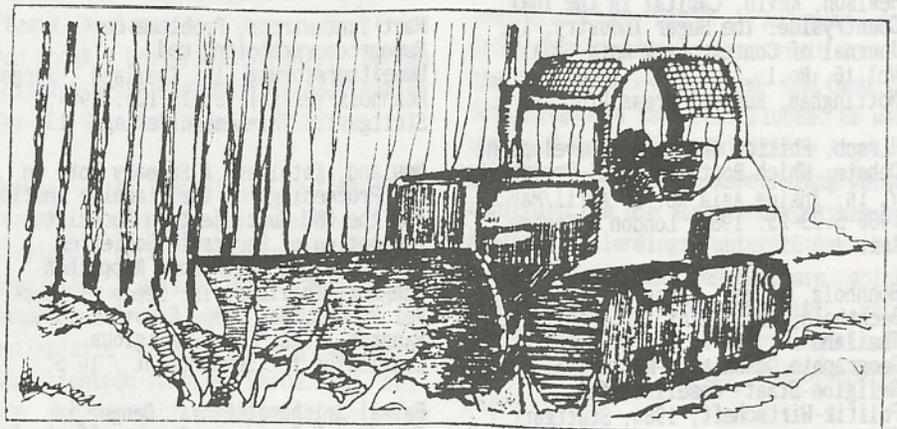
Bis vor kurzem waren keine Umweltverträglichkeitsgutachten (Environmental Impact Assessments-EIA) für industrielle Projekte auf

dieser Stufe erforderlich. Die wenigen Gutachten, die kürzlich für Kraftwerke und Stauseen für Wasserkraftwerke erstellt wurden, sind weder veröffentlicht noch sind Anhörungen mit betroffenen Bürgern oder Umweltschutzgruppen wie EPSM veranstaltet worden. In anderen Fällen wie der Erdgasverflüssigungsanlage und des Rohölumschlagplatzes in Terengganu wurden Gutachten zur Umweltverträglichkeit zu einem Zeitpunkt erstellt, als Entscheidungen über die Standorte und die Ausstattung der Anlagen bereits gefallen waren. Die Gutachten wurden so zu öffentlichkeitswirksamen Werbezwecken verwandt.

Es ist äußerst bedauernswert, daß die Bindung der Bundesregierung an die Umweltverträglichkeitsgutachten, wie sie auch im dritten Malaysia-Plan zum Ausdruck kommt, nicht ihren Niederschlag in bedeutenden Aktivitäten bereits auf der Planungs- und Politikebene gefunden haben. Wo bleiben die Umweltverträglichkeitsgutachten für alle staatlichen Hicom-Projekte (Heavy Industry Corporation of Malaysia), die Papiermühle in Sabah, den Geplanten Bakun Damm, den Touristenkomplex auf der Insel Langkawi usw. usf.? Warum werden keine Abstandsflächen an Industriegebieten geplant und eingerichtet?

2. Erschließung des Baugeländes und Bauphase

Ob es sich um Kraftwerke, Stahlwerke oder Produktionsbetriebe handelt, ob sie einzeln stehen oder in einem Industriegebiet errichtet werden, die Erschließungs- und Bauphase stellt für jeden Umweltschützer einen Albtraum dar. Weil es für dieses Stadium keinerlei Umweltverträglichkeitsstudien von Bedeutung gibt, werden die zukünftigen Industriestandorte mit wenig Rücksicht auf Fauna und Flora gerodet.



Massive Erosionserscheinungen und die Verschmutzung der nahegelegenen Kanalisation bzw. der Wasserläufe mit Abwässern aller Art, vom Schmieröl bis zu menschlichen Exkrementen, gehören zum gewohnten Bild. Durch die Rodung der Standorte wird die Vegetation vollkommen vernichtet und der Boden über Jahre hinweg, bevor die Bauphase überhaupt beginnt, der Erosion preisgegeben.

Während der Bauphase ist es fast unmöglich, einen Platz zu finden, von dem keine Luft-, Wasserverschmutzung oder Lärmbelästigung ausgeht. Ebenso ist es üblich, daß alle Arten fester Abfallstoffe, selbst giftige, in die nahegelegenen Flüsse, Baggerseen oder ins Gebüsch gekippt werden. Die vorherrschende Haltung von Besitzern, Ingenieuren und Bauunternehmern in dieser Angelegenheit ist die, daß, solange ihr Standort frei von Müll ist, es sie nichts angeht, wenn die Umwelt eines anderen zerstört wird. Es ist für sie nicht von Belang, wenn Fischer ihren täglichen Fang verlieren oder Schulkinder aufgrund des großen Krachs sich nicht konzentrieren können.

3. Inbetriebnahme

Erst nach vielen Jahren beharrlicher öffentlicher Beschwerden und der Anwendung der Verordnung zum Palmöl und Gummi konnte die Wasserverschmutzung, durch diese beiden Industrien hervorgerufen, einigermaßen unter Kontrolle gebracht werden. Man kann bei den meisten Umweltbelastungen, die durch Industrien einschließlich der energieerzeugenden hervorgerufen werden, nicht gerade behaupten, daß sie sich innerhalb vernünftiger Grenzen bewegen. Die Emissionswerte entsprechen in keiner Weise angemessenen Umwelтанforderungen.

Obgleich die Industrierverschmutzung von Kuala Juru vermindert worden sein soll, gibt es keine bekannten Beweise dafür, daß die durch die "Chemical Company of Malaysia" verursachte Luftverschmutzung für die Anwohner als zumutbar betrachtet werden kann. Ähnlich nahmen in Petaling Jaya die Klagen gegen die Firma 'Cast Iron Products' (Gußeisenproduktion) ab, wohingegen Probleme, die durch 'Asian Rare Earth' in Bt. Merah hervorgerufen wurden, vor Gericht kamen. Die Vorstellung, Thoriumhydroxyd in Malaysia zu lagern, um Japans zukünftige Energieversorgung zu gewährleisten, stand im Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzung seit Anfang 1984.

In der Tat ist der gefährliche Industriemüll in fester und flüssiger Form, angefangen beim Zinnbergbau bis hin zur Galvanisierung, gegenwärtig das Hauptproblem für die "Division of Environment" und EPSM. Die Beweise häufen sich, daß diese Abfälle in der Vergangenheit und auch gegenwärtig auf unverantwortliche Weise weggekippt werden.

4. Nach Produktionsstilllegung

Diese umfaßt sowohl die Außerbetriebnahme als auch die Schließung von Werken. Im Hinblick auf unsere noch junge Industrialisierungsgeschichte sind wir bisher noch nicht Zeuge von Betriebsschließungen großen Ausmaßes geworden. Die wenigen, die erfolgt sind, geben jedoch in bezug auf die Umwelt kaum zu Hoffnungen Anlaß. Werfen Sie doch einen Blick auf die verlassenen Zinnminen und Fabriken. Erinnern Sie sich an den Tantal-Schutthaufen in Penang und besuchen Sie das verlassene Titan-Werk (Malaysian Titanium Plant), das angrenzend an 'Asian Rare Earth' liegt! Niemand, auch nicht die lokalen Behörden, interessiert, was mit der Umwelt passiert, wenn die industriellen Aktivitäten erst einmal eingestellt sind.

Es wäre aufschlußreich, von den beiden zuständigen Behörden zu erfahren, was mit den Talsperren passieren soll, wenn sie z.B. im Falle der Verschlammung nicht mehr wirtschaftlich genutzt werden können. Wie soll die Umweltqualität verbessert werden, wenn die Staubecken funktionslos brachliegen? Wo sind die Risikostudien über mögliche zukünftige Dammbüche? Hat jemand die Auswirkungen dieser Vielzahl von Talsperren auf die Fischbrutbestände an den Flußmündungen gemessen?



Durch den Zinnbergbau verkarstete Gebiete bei Ipoh

(Foto: P. FRANCE)

Warum diese Apathie?

Es gibt einige offenkundige Gründe, die im folgenden aufgelistet sind:

1. Die unzureichende Wahrnehmung der Umwelt durch Regierung, Industrie und Öffentlichkeit

Bis vor kurzem war kaum jemand von Umweltfragen betroffen; man zog es vor, Entwicklung allein an zunehmendem Geldeinkommen, zunehmendem materiellen Konsum und größeren Profiten zu messen. Nationalökonomien zogen es vor, Fortschritt in Kategorien von Pro-Kopf-Einkommen, Bruttosozialprodukt usw. zu beschreiben. In einer solchen Situation fiel es den Industrialisten leicht, Umweltschützer als gegen den Fortschritt gerichtet zu titulieren.

2. Unzureichende Gesetzgebung und Durchsetzung der Gesetzesbestimmungen

Die Umweltschutzgesetzgebung entwickelt sich langsam, es hat mehr als zehn Jahre gedauert, bis nach der amtlichen Bekanntgabe des Umweltgesetzes eine Verordnung zum Giftmüll entworfen wurde. Die Vielzahl von Verordnungen und zuständigen Abteilungen, die für unterschiedliche Aspekte des Umweltschutzes zuständig sind, führt wie

erwartet, zu Überschneidungen und Konflikten. So ist für die Kontrolle der Bleiwerte bei den Arbeitern das "Factory and Machinery Department" und das Gesundheitsministerium zuständig, wohingegen für die übrige Bevölkerung die "Division of Environment" verantwortlich ist.

Außerdem existieren verschiedene Werte, so z.B. für das Schlammabladen von Bergwerken. Die "Mining Ordinance" läßt höhere Werte zu als die Verordnung über Industrieabfälle (Industrial Effluents Regulations). Zu guter Letzt wird die Durchsetzung von Verordnungen durch die Widersprüche von Bundes- und Länderregierungen erheblich erschwert.

3. Profitsucht und die Besessenheit vom eigenen Vorteil

Diese Zwangsvorstellung führt bei Regierungsabteilungen, Industrien und Individuen dazu, sich solange von Umweltfragen nicht betroffen zu fühlen, wie nicht der Profit, der persönliche Vorteil oder die eigene Sicherheit bedroht sind. Mag kurzfristig eine solche Haltung erklärlich sein, so zeigen weltweite Erfahrungen jedoch, daß diese langfristig von Tollkühnheit zeugt. Wir leben in einer Zeit, in der auch keine Firma und kein Individuum ein Inseldasein führen kann! Umweltverschmutzung macht nicht vor

von Menschen gemachten Grenzen halt.

4. Krise des Managements

Diese war in der Vergangenheit dann offensichtlich, wenn die Privatwirtschaft oder die Regierung mit der Umwelt zu tun hatten. Umweltaspekte wurden so lange ignoriert, bis sie das Ausmaß von Krisen annahmen. Dann wurde überzogen reagiert. Die Probleme wurden entschlossen vom Tisch gefegt, indem entweder Umweltschützer diskreditiert wurden oder mittels Öffentlichkeitsarbeit alles unter den Teppich gekehrt wurde.

Als nicht so ganz offensichtliche Gründe der Zurückhaltung der Industrie in Umweltfragen können folgende angeführt werden:

- Der Mangel an öffentlicher Verantwortlichkeit

Weder Regierung noch Geschäftsleute fühlen sich verpflichtet, die malaysische Öffentlichkeit kontinuierlich und vollständig über ihre Aktivitäten, insbesondere über die, die Auswirkungen auf die Umwelt haben, zu informieren. Demzufolge ist es ein beinahe genauso unmögliches Unterfangen, an Weltweiten heranzukommen, wie aus einem Stein Blut herauszuquetschen. Entsprechende Haltungen werden anhand folgender Stellungnahmen deutlich: "Die Öffentlichkeit könnte die Zahlen mißinterpretieren"; "Das Recht der Öffentlichkeit, Verantwortung zu tragen, ist auf parlamentarische Debatten beschränkt"; "Zu viel Information schafft Verwirrung".

- Zensur und Selbstzensur der Presse

Die Tatsache, daß alle Zeitungen des Landes eine jährlich zu erneuernde Genehmigung benötigen und darüber hinaus der Premierminister häufiger Zeitungen öffentlich zu rechtgewiesen hat, wirkten sich auf die Presselandschaft aus. Themen, von denen man glaubte, sie würden die staatlichen Autoritäten provozieren, wurden der Selbstzensur unterworfen. Die Berichterstattung zu Umweltthemen ist folglich stark von der Haltung, die die Bundesregierung, vor allem der Premier- und der Innenminister einnehmen, abhängig. Das plötzliche Verschwinden von Berichten, wie z.B. über Papan, ist also keineswegs so zu interpretieren, daß die Auseinandersetzung darüber beendet ist. Ebensovienig bedeutet das Schweigen über den Touristenkomplex auf der Insel Langkawi, daß das Umweltproblem harmonisch gelöst ist.

- Sozialökonomische Unausgewogenheit

Wir können unmöglich die Tatsache des Fortbestehens sozio-ökonomischer Ungerechtigkeit in Malaysia leugnen. Eine Vielzahl von Verantwortlichen und Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik stammt aus privilegierten Schichten. Dies mag ein Grund ihrer Zurückhaltung in Umweltfragen sein. Ein Großteil der Entscheidungen ist von elitären Gedanken beeinflusst, die Interessen und die Qualität der Umweltbedingungen der marginalisierten malaysischen Bevölkerung, seien es die Slumbewohner oder die Orang Asli, werden so zwangsläufig vernachlässigt.

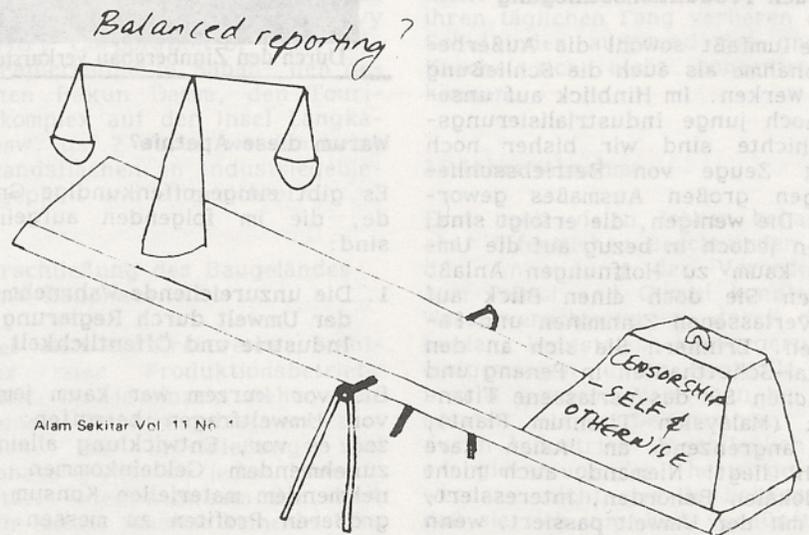
- Ineffektivität und Korruption

Da Ineffektivität und Korruption in weiten Teilen der Regierungsbürokratie eine Rolle spielen, ist es möglich, daß Industrielle und "Verschmutzer" trotz ignoranter Haltung in Umweltfragen ungeschoren davonkommen. Es gibt die Möglichkeit, Bestechungssummen zu zahlen, die geringere Kosten darstel-

len, als für die Beseitigung der Verschmutzung erforderlich wären; dieses Vorgehen rentiert sich u.a. aufgrund der geringen Höhe von Geldstrafen, die im Falle der Mißachtung von Gesetzesvorschriften zu zahlen sind.

- Mangelnde politische Entschlußkraft

Seitdem das Umweltschutzgesetz in Kraft ist, hat niemals wieder eine der großen malaysischen Parteien einen Programmpunkt zu Umweltfragen in ihre politische Plattform aufgenommen. Allerdings zeigt sich gelegentliches Interesse politischer Parteien an Einzelfragen wie Batu Caves, Papan und Tembeling. Aber es gibt in der regierenden Nationalen Front (Barisan) weder ein Büro für Umweltfragen noch einen Umweltschutzbeauftragten. Die "Division of Environment" ist zu weit von den Hebeln der Macht entfernt und EPSM muß erst noch nach "Freunden in höheren politischen Rängen" Ausschau halten, wie der stellvertretende Premierminister die Situation kennzeichnete.



Der Ausweg - Eine ökologische Entwicklung

Zuletzt hat noch der Indonesier Dr. Emil Salim über die Möglichkeit einer ökologischen Entwicklung gesprochen. In einer Rede auf dem Workshop zum Umweltschutz (Environmental Communication Workshop) in Singapur am 1. April hielt er fünf Grundsätze einer ökologischen Entwicklung hoch: Interdependenz Umweltverträglichkeit, Gleichheit, Solidarität und Bevölkerungsbeteiligung. Grundsätze einer ökologischen Entwicklung sind uns bereits seit über einem Jahrzehnt vertraut, aber in Malaysia haben wir uns entschlossen,

sie zu ignorieren und uns dem konventionellen westlichen Modell zugewandt.

Nun, wo dieses westliche Entwicklungsmodell zusammenbricht, sollten wir uns aber auf einen ökologischen Entwicklungsweg, der mit islamischen und anderen religiösen Vorstellungen auch eher vereinbar ist, besinnen. Allen Vorstellungen gemeinsam ist die Betonung der Harmonie der Menschen untereinander und mit der Natur. Es besteht eine moralische Verpflichtung und Verantwortung - nicht nur gegenüber unseren Ministern und Aktionären - sondern gegenüber der Bevölkerung. Gegenüber un-

seren Kindern stehen wir in der Pflicht, ihnen, wenn unsere Zeitspanne abgelaufen ist, eine Welt zu hinterlassen, mit der wir verantwortungsbewußt umgegangen sind.

In erster Linie zählt die richtige Weltanschauung, dann kann man über Verfahrensweisen und bürokratische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation diskutieren. Aber wir sollten die Weltanschauung oder Religion nicht nur im Munde führen, sondern gemäß wahrhaft humanistischer Maßstäbe leben und handeln, wenn wir der Menschheit und damit auch uns selbst einen Dienst erweisen wollen. Entwicklung ist nur dann als Prozeß von Bedeutung, wenn sie für die große Mehrheit der malaysischen Bevölkerung eine Verbesserung der Lebensqualität mit sich bringt. Dies kann aber niemals dann geschehen, wenn im gleichen Atemzug die natürliche Umwelt zerstört wird.

Eine ökologische Entwicklung erfordert, daß:

- **Malaysische Industrielle** Umweltverträglichkeitsstudien für alle großen Projekte mit vorheriger öffentlicher Anhörung erstellen, sie freiwillig alle Umweltstandards berücksichtigen, sie regelmäßig die Auswirkungen ihres Tuns im Hinblick auf die natürliche Umwelt sowie auf die Gesellschaft, innerhalb derer sie operieren, überprüfen. Sie sollten die Vergeudung von Ressourcen, vor allem von Energie durch sachgerechte Verwendung und Recycling minimieren sowie die Gesundheit ihrer Arbeiter schützen. Industrielle wie Energieunternehmen müssen aktiv mit Umweltschützern und Regierungsbeamten zusammenarbeiten, so ist eine bestmögliche Verbreitung von Umweltdaten garantiert und Konflikte können im frühestmöglichen Stadium gelöst werden.

- **Regierungsbeamte**, vor allem der Behörden, die mit Umweltfragen befaßt sind, stärker für Umweltschützer, Industrielle und die Öffentlichkeit zugänglich sind. Während der Ausübung ihrer gesetzlichen Pflichten sollten sie unparteiisch, gründlich und ernsthaft sein.

Der gesamte Umfang aller Umweltdaten muß zur Veröffentlichung freigegeben werden. Diese Beamte dürfen sich einerseits nicht ihrer Pflicht entziehen, die Öffentlichkeit zu informieren und sie zu erziehen, während sie andererseits die Industrie vollständig über Hintergründe der Umweltstandards unterrichten.

Beamte, die für die Überwachung der Umweltqualität zuständig sind, müßten verstärkt unerwartete Kon-

trollen durchführen, die Strafverfolgungsbehörden sollten Fälle aufgreifen, deren Bestrafung abschreckend wirkt. Natürlich müssen einige Verordnungen im Hinblick auf die Verstärkung des Strafmaßes und eine umfassende, verständliche Berichterstattung von den Bundes- und Länderregierungen verändert werden. Die Zusammenarbeit und Koordination der Abteilungen müssen verbessert werden.

- **Umweltschützer** aller Schattierungen bereits von Beginn der Planung an bis zur Produktionsstilllegung ihre Ideen und Vorstellungen einbringen. Sie sollen als aufrichtige Vermittler und Bindeglieder zwischen der Allgemeinheit auf der einen und den Industriellen und Regierungsbeamten auf der anderen Seite agieren. Über die bloße Berichterstattungsfunktion hinaus sollten sie, wo erforderlich, eigene Untersuchungen durchführen und eine verzerrte Wahrnehmung auf Seiten der Öffentlichkeit oder der Industrie korrigieren. Selbstverständlich muß ihre personale wie Gruppenintegrität groß sein, so daß ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit als Treuhänder in Sachen Umweltschutz nicht zu hinterfragen ist. Umweltschützer müssen als aktive Verfechter einer ökologischen Entwicklung und nicht als passive Verteidiger des status quo und damit der sozioökonomischen Ungleichheit auftreten. Wenn sie sich an Anhörungen aktiv beteiligen, müssen sie bodenständig bleiben, sonst betreiben sie Ausverkauf.

- **die malaysischen Bürger** verstärkt auf ihrem Recht nach Information, nach Anhörung und Beteiligung bestehen. Mit zunehmender Kenntnis des Lesens und Schreibens müssen die Bürger ihre Angst vor Autoritäten, Reichen und politischer Macht ablegen lernen. Sie müssen häufiger und deutlich sagen, was sie denken, und von ihren gewählten politischen Führern größere Verantwortlichkeit verlan-

gen. Sie sollten sich nicht mehr mit dem Ersuchen um persönliche Gunst und Geschenke zufrieden geben. Solange Malaysia eine Demokratie ist, müssen die Bürger eine ausgewogene Berichterstattung der Massenmedien einschließlich der malaysischen Rundfunk- und Fernsehanstalten bezüglich Umweltthemen fordern.

Eine auf allen Seiten vollkommen offene Berichterstattung auch von Industrie und Regierung sollte die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Antworten

Aus dem oben Gesagten geht hervor, daß EPSM zu den vier Fragen, die an das Podium gerichtet wurden, wie folgt antwortet:

1. Sicher glauben wird, daß Industrialisierung auch ohne Degradierung der Umwelt zu erreichen sein wird, vorausgesetzt, man verfolgt die Prinzipien der ökologischen Entwicklung.
2. Wir sind bislang noch nicht davon überzeugt, daß der malaysische Industriesektor eine beständig verantwortliche und konstruktive Haltung zu den existierenden Umweltproblemen eingenommen hat, auch wenn einige wenige Ausnahmen nicht geleugnet werden können.
3. Es gibt noch enorm viel Raum, der zur Verbesserung der Gesetze und ihrer Umsetzung ausgenutzt werden sollte.
4. Zur Zeit gibt es kein Forum für gemeinsame Diskussionen. Eine Möglichkeit besteht darin, die Zusammensetzung und Befugnisse des im Umweltschutzgesetz festgelegten Rates, 'Environmental Quality Council', diesbezüglich zu verbessern.

Gurmit Singh K.S.

Vorsitzender von EPSM. Seminarpapier vorgestellt auf dem Tenaga Seminar, in Alam Sekitar Vol.10 No.3, Übersetzung von S.Wycisk)

